



Flossbach von Storch

Staatssekretär im
Bundesministerium der Finanzen
Herrn Dr. Rolf Böisinger
11016 Berlin

GZ FTT – [REDACTED]
DOK 2019/[REDACTED]

Köln, 29. August 2019

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

vielen Dank für Ihr Antwortschreiben vom 23. August 2019.

Sie rechtfertigen die Finanztransaktionssteuer, die im Übrigen eine reine Aktiensteuer ist, nicht mir ihrer Sinnhaftigkeit, sondern lediglich mit den insgesamt geringen Auswirkungen auf die Betroffenen und mit der Tatsache, dass sie auch in einigen anderen Ländern erhoben wird. Eine Steuer ist aber nicht allein deshalb sinnvoll, weil sie auch von einem anderen Land erhoben und vom Steuerzahler kaum wahrgenommen wird.

Das Ziel, den Finanzsektor an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen, wird durch die Aktiensteuer definitiv nicht erreicht, im Gegenteil. Sie unterstellen, dass die Steuer vor allem von Banken, Finanzdienstleistern und institutionellen Anlegern gezahlt wird. Das ist falsch. Die genannten Institutionen zahlen die Steuer für ihre Anteilseigner, es sind also am Ende die Versicherten, Pensionäre, Fonds- und Aktienanleger, die belastet werden. Dagegen bleiben der Handel mit Derivaten sowie die taggleichen Transaktionen der Hochfrequenzhändler von der Steuer ausgenommen. Das heißt, man würde die potenziell destabilisierenden „Zocker“ von der Steuer befreien, während redliche Anleger abkassiert werden. Dieser Aspekt ist bei der Gestaltung offensichtlich nicht bedacht worden.

Die geschätzten Einnahmen von 1,2 Mrd. Euro sind angesichts der gigantischen Zinseinsparungen von jährlich rund 40 bis 60 Mrd. Euro für Bund, Länder und Kommunen (Annahme: Reduzierung der Zinslast um zwei bis drei Prozentpunkte p.a. gegenüber 2008) allenfalls marginal. Am Rückgang der Zinsbelastung des Bundes wird sich – entgegen dem Finanzplan des Bundesfinanzministeriums – auch in den kommenden Jahren nichts ändern. Die Zinslast wird schon deshalb weiter sinken, weil die hohen Zinskupons der fällig werdenden Anleihen durch Null- oder Tiefkupons ersetzt werden.

Flossbach von Storch AG

Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49 221 33 88-0, Fax +49 221 33 88-101, www.flossbachvonstorch.de

Vorstand: Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen Vorsitzender des Aufsichtsrats: Klaus Kühn
Commerzbank AG, IBAN DE58 3708 0040 0865 7531 00, BIC DRESDEFF370 Amtsgericht Köln, HRB 30768, USt-IdNr. DE200075205



Statt den geschröpften Sparern von dieser Zinersparnis zumindest ein wenig zurückzugeben, belasten Sie diese zusätzlich. Auch das unter anderem von Bundesfinanzminister Scholz ins Spiel gebrachte Verbot von Negativzinsen ändert daran nichts, es sorgt allenfalls für eine höhere Belastung von Kleinsparern durch Bankgebühren. Im Übrigen entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass der Finanzminister mit Über-Pari-Emissionen von Nullkuponanleihen allein in diesem Jahr voraussichtlich 4 Mrd. Euro durch Negativzinsen verdient, während er sie den Banken verbieten will.

In diesem Umfeld wäre es für einen sozial denkenden und weitsichtigen Politiker angebracht, die Sparer zu einer langfristig sinnvollerer Geldanlage zu ermutigen, statt mit wenig stichhaltigen Argumenten neue Steuern rechtfertigen zu wollen. Die Aktiensteuer erschwert die Beteiligung breiter Bevölkerungskreise am Produktivkapital und ist damit im Kern unsozial. Sie erfüllt weder ihren Zweck, noch trägt sie nennenswert zum Steueraufkommen bei. Sie ist ein ideologisch geprägtes Gewächs, das als Unkraut im Garten des Nachbarn wuchert und aus falsch verstandener nachbarschaftlicher Solidarität jetzt auch bei uns eingeführt werden soll.

Wir werden uns im Interesse von Millionen Sparern weiter dafür einsetzen, diese Finanztransaktionssteuer zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Bert Flossbach'.

Dr. Bert Flossbach

Kopie
Bundesminister Olaf Scholz